

Verantwortlicher:
Redaktion 32723 - Geschäftsstelle 32722
Postfachkonto: Dresden Nr. 14707

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden - 7, 16, Holbeinstrasse 48

Sächsische
Volkszeitung

Wegbereiter:
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen:
Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die
Wahl-Spaltzeile 1.40 M., im Restanzeiger 3.50 M., Familienanzeigen 1.30 M. - Für unentgeltlich geschriebene, sowie durch
Bemerkungen aufgegebenen Anzeigen können wie die Beamtenschaft für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen

Freie Gewerkschaften und
kommunistischer „Zellenbau“

Im entsprechend den Weisungen der internationalen Kom-
munistischen Zentrale in Moskau den „Zellenbau“ inner-
halb der „freien, das ist sozialistischen Gewerks-
schaften nachhaltig zu betreiben, hat die Vereinigte Kommu-
nistische Partei Deutschlands, wie sie trotz der inneren Ver-
einigung heute noch heißt, eine eigene Reichsgewerks-
chaftszentrale der KPD. geschaffen. Sie hat fernerhin
für die kommunistischen Vertrauensleute in den Gewerks-
chaften und Betriebsräten bestimmte Richtlinien heraus-
gegeben, die die rücksichtslose Durchsetzung des Willens Mos-
kows in den sozialistischen Organisationen erstreben.

Wie stark ist nun heute der Einfluß der Kommunisten
in den freien Gewerkschaften? In seiner Broschüre: „Unser
Weg“, in der der ehemalige Vorsitzende der KPD, Dr. Levi,
die völlige Versklavung der deutschen Kommunisten an Moskau
nachweist, schätzt dieser ihren Einfluß zahlenmäßig recht gering
ein. Ende 1919 waren in Deutschland rund 8,2 Millionen
Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Die Zahlen sind jedenfalls,
soweit der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund („freie“ Ge-
werkschaften) in Frage kommt, 1920 wohl noch gestiegen. Sehen
wir aber auch nur diese Zahlen in das Verhältnis zur Zahl der
Kommunisten Anfang 1921, zu 500 000, so ergibt sich: Vom ge-
werkschaftlich organisierten Proletariat waren die Kommunisten
rund ein Sechstel; vom freigewerkschaftlich organisierten
Proletariat waren die Kommunisten rund ein Vierzehntel. —
Das mag zahlenmäßig stimmen. Tatsächlich dürfte
der Einfluß Moskaus in den freien Gewerkschaften aber größer
sein. Denn die Schwächheit in der Führerschaft der kommunistischen
Treiber durch viele freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter,
ja das nicht zu verkennende vielfache stille Sympathisieren mit
ihnen bedeutet verheerende Stärke der Kommunisten.

Das Zentralorgan der KPD, die „rote Rahn“, will
den auch die Rechnung des heute aus der Partei wegen
unzureichender Willfährigkeit Moskau gegenüber hinauszu-
drängen Herrn Levi nicht gelten lassen. „Wir haben“, so
beruft sie gegenüber seiner Zahlenaufzählung, „einen an-
deren Maßstab, und das sind die Resultate bei den verschiedenen
Wahlen innerhalb der Gewerkschaften und bei den Betriebsräten.
In sehr vielen Orten haben unsere Genossen in verschiedenen
Verbänden mehr Stimmen erhalten, als SPD. und USPD. zu-
sammen.“ — Im übrigen folgert sie in indirektem Verfahren,
daß die zunehmende Opposition der freien Gewerkschaftsbur-
deaukratie doch wohl der beste Beweis sei für die wachsende Stärke
der Kommunisten in den freien gewerkschaftlichen Organisa-
tionen. „Es ist kein Zufall, daß die Gewalttätigkeit am tollsten in
den Verbänden getrieben wird, die nach Lage der Sache am ehe-
sten von den Kommunisten erobert werden. Die Bureaukratie
der Bauarbeiter, der Eisenbahner, der Metallarbeiter und der
Bergarbeiter fällt sich zum ersten Male ernstlich in ihrer Er-
gänzung bedroht und wendet im Kampf gegen die Kommunisten alle
Mittel an. Im Bundesverband ist dagegen zu sehen, daß
die Bureaukratie sich absolut defensiv verhält. Es geht nicht
viel Schärfer dazu, um zu erkennen, daß sich diese Tendenz
aus der Schwäche des kommunistischen Einflusses in dieser Or-
ganisation erklärt.“

Die von einigen freien Gewerkschaftsverbänden aller
seiner Zeit mit größerer Energie betriebene Ausschöpfung
gegenüber den kommunistischen Zellenbauern hat zwar das
Aussehen dieser aus ersterer zur Folge gehabt, wiewohl aber
auch die Wirkung, daß die Ausschöpfung sich nun ganz nach
links wandten und sich den Syndikalisten in die Arme
warfen. Ein solches Verfahren hält die Reichsgewerkschafts-
zentrale der KPD für völlig verfehlt. In einem eigenen
Aufrufe „an die revolutionären Gewerkschaftsmitglieder Deutsch-
lands“ fordert sie diese auf, „mit verdoppelter, mit verdach-
teter Energie in der bisherigen Weise weiterzuarbeiten.“ „Mit
einer selbst, um der deutschen, um der Weltrevolution willen“,
so heißt es wörtlich, „darf jetzt kein revolutionärer Arbeiter den
Gewerkschaften den Rücken kehren. Damit das Proletariat siegen
kann, müssen die Gewerkschaften den Händen jener durchtrieb-
enen Geschäftsmacher entzogen werden, die bei unzähligen Ge-
legenheiten das Proletariat verraten haben. Damit das Pro-
letariat siegen kann, müssen die Gewerkschaften von allen, was
moralisch und faul ist, gereinigt und zu einer unwiderstehlichen
Macht im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes werden.
Tage kommen wir aber um so schneller, je mehr revolutionäre
Arbeiter sich bewusst und planmäßig an der Lösung dieser Auf-
gabe beteiligen.“

Unabhängig wie Mehrheitssozialisten in den freien Ge-
werkschaften möchten sich heute bei aller parteipolitischen Gegen-
wart doch am liebsten das Wasser anreichern, um den kommuni-
stischen Brand im eigenen Hause zu löschen. Beide sind an
einander nicht unzufrieden, indem sie durch ihre Bekanntheit zum
reinen Materialismus und zur Klassenkampfpolitik dazu die
Hände legen. Nur eine resolute Wende von der letzteren zur
echten Gemeinschaftsarbeit sowie eine machtvolle Durchsetzung
des gewerkschaftlichen Eigenwillens kann zur Ausschöpfung des
kommunistischen Giftes und zu einer Gesundung der freien Ge-
werkschaften führen.

Der beschlußunfähige Reichstag

Berlin, 13. Mai

Im Reichstage wiederholt sich an den Tagen vor größeren
Ferien immer wieder dasselbe Bild. Ist es doch schon fast zu
einer lebenden Gewohnheit geworden, daß zum mindesten eins
von den beiden Parlamenten, die sich in der Reichshauptstadt be-
finden — sei es nun das Breitenhaus oder sei es der Reichs-
tag — in Beschlußunfähigkeit seine Tore schließen muß. Zuerst
war es auch wieder im Reichstage am letzten Sitzungstage vor
Beginn der Pfingstferien. Schon der Anfang war verhängnisvoll
und ließ ahnungsvolle Gemüter argwöhnen, daß es noch
schlimmer werden würde. Man will Beschluß fassen über die
durch das Schreiben des Reichsministers des Innern nachgesuchte
Benehmigung zur Strafverfolgung des Kommu-

sten Thomas, Unterschlagung, Beleidigung und Meineid
werden diesem „Volksvertreter“ zur Last gelegt. Der Geschäfts-
ordnungsausschuß hat sich veranlaßt gesehen, dem Haus die An-
nehmung des Gesuchs um Strafverfolgung zu empfehlen.
Aber zur Abstimmung darüber kommt es nicht, denn der Abg.
Gumminger von der Bayerischen Volkspartei bezweifelt vor
der Abstimmung die Beschlußfähigkeit des Hauses. Darob gro-
ßer Entrüstungsturm auf allen Bänken der Kommunisten! Der
Präsident sieht sich angezweifelt des fast leeren Hauses — nur hier
und da ist irgendwo im Saale die Gestalt eines Abgeordneten zu
entdecken — gezwungen, dem Zweck der Beschlußfähigkeit
Namen zu geben. Damit hat der erste Akt sein Ende erreicht.

Die zweite Sitzung ist von etwas längerer Dauer. Ohne
Hindernis kann man hier weitere Gegenstände der Tagesordnung
plast erledigen. Eine Entschließung des Rechtsausschusses über
den Antrag Müller-Franke und Genossen bezüglich der
Verordnung des Reichspräsidenten über die Bildung von
Sondergerichten wird einstimmig angenommen.
Der Entwurf über ein neues Gehaltsverhältnis für die
Auslandsbehörden wird dem Hauptauschuß über-
wiesen, an den volkswirtschaftlichen Ausschuß geht ein Entwurf
über die Regelung des Verkehrs mit Gewerbe. Schließlich findet
ein Antrag des Ausschusses für soziale Angelegenheiten über
die Aufhebung der Leistungen in der Wochen-
hilfe Annahme. Der Antrag erjudet die Reichsregierung
um so schleunige Vorlage eines Gesetzesentwurfs, daß noch im
Laufe des Frühjahres eine Vorlage, betreffend die Aufhebung
der Leistungen in der Wochenhilfe erfolgt. Die Fragen der Er-
werbslosenfürsorge sollen dem Ausschuß für Volkswirtschaft
überwiesen werden. Aber nun kommt die neue Skizze, ein Ge-
setzentwurf über eine erhöhte Auszahlung der während des
Krieges zurückgelegten Dienstzeit. Hier stand Ad. H. Hoff-
mann seine Zeit wieder einmal für gekommen, um zu zeigen,
daß er überhaupt noch da ist. Mit der Rede eines Einzelnen
bezieht er das Podium und begründet vor Beginn der Abstimmung
die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Haus steigt zum zweiten
Male auf. Dieses war der zweite Versuch, doch der dritte folgt
sogleich.

Die dritte Sitzung beginnt. Nur Petitionen stehen nun-
mehr noch auf der Tagesordnung. Ohne größere Debatte werden
sie alle an die in Frage kommenden Ausschüsse verwiesen oder
auch genehmigt. Doch da noch sich das Raufkur. Es erhebt sich
am Ende der Sitzung heftiger Streit nicht nur über den Termin
des Wiederzusammentritts, sondern auch über die Tagesord-
nung der ersten Sitzung nach den Pfingstferien. Schulz-
Pronberg, Lebehour, Vach von den Kommunisten sind die
Stimmen, die es nicht lassen können, den neuen Reichshaus
ins Haus zu werfen. Die einen wollen in Besonderen weiter-
tagen — es ist die Linke, ihnen scheint der Zeitpunkt der Ver-
tagung auf längere Zeit im Augenblicke sichtlich gewährt. Die
Rechte ist nicht ganz so schlau. Sie will nicht Tage früher
zusammentreten, als wie es der Präsident vorge schlagen hat.
So kämpft man hin und wider. Schließlich kommt zur Ab-
stimmung. Es bleibt beim Beschluß des Reichstages, am 31.
Mai zusammenzutreten und dem Reichspräsidenten das Recht zu
geben, einen früheren Termin zu wählen, wenn es nötig sei.
Man atmet auf, an dieser Skizze ist das Haus vorüber. Doch
schon bröckelt eine neue. Die Linke und die Rechte verlangen
stimmig, daß auf die Tagesordnung der ersten Sitzung nach
Pfingsten die offizielle Erklärung der Regierung
über das von ihr innezuhaltende Programm ge-
setzt werden. Man spricht dafür, man widerspricht. Es bleibt
nichts übrig, als vom neuen abzustimmen. Die Rechte und die
Linke wollen durchaus eine Regierungserklärung am ersten
Sitzungstage nach den Ferien hören, die Linke ist dagegen. Wer
hat die Mehrheit? Das hat Präsident nicht ratlos in den
Saal. Schließlich lautet der weiße Spruch — man weiß es nicht.
So muß denn ausgesetzt werden. Und siehe da — die mili-
tären Parteien haben nicht wieder in den Saal zurück, sie er-
zwingen die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Sitzung ist
aus. Überall kennt man den Spruch seit der alten Römer Zeit:
„Wenn man nicht, soll man in Schwelger sterben!“ Dies-
mal hat der Reichstag an dem letzten Tage vor den Pfingst-
ferien wiederum mit diesem Wort gehalten.

Aus dem Reichsrat

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.“)
Berlin, 13. Mai

In der gestern stattgefundenen Sitzung des Reichsrates, in
der zum ersten Male der neue Minister des Innern, Dr. Grad-
nauer den Vorsitz führte, war auch der Reichsfinanzminister
anwesend, der folgende Ansprache hielt:

Die Lage, in der wir uns vor der Regierungsbildung be-
finden, ist eine außerordentlich schwere gewesen, da es sich
dabei handelte, ob sich die Volksvertretung für die Annahme
des Ultimatums entscheiden sollte oder nicht. Die Mehrheit des
Hauses hat sich nun für die Annahme entschieden und die neue
Regierung wird es deshalb für ihre größte Pflicht halten, die
ihre durch die Annahme auferlegten Bedingungen so gut wie
möglich zu erfüllen. Wie sich diese Leistungen vollbringen lassen,
läßt sich augenblicklich noch nicht festlegen. Es ist dies eine Auf-
gabe, die noch nie an ein Volk gestellt worden ist. Aber wir
wollen aufrecht unser Versprechen zu verwirklichen versuchen,
ohne jeden Vorbehalt wollen wir die Bedingungen des Ultima-
tums mit allen unseren Kräften erfüllen. Wir erwarten aber
auch, daß vom Reich unsrer guter Wille anerkannt wird, wir
erwarten, daß besonders in der oberösterreichischen Frage eine vor-
urteilsfreie Entscheidung getroffen wird. Nur wenn bei dieser
Entscheidung derselbe gute Wille maßgebend ist, den wir bei der
Annahme des Ultimatums zum Ausdruck brachten, ist eine Ret-
tung Europas und mit ihm des deutschen Volkes möglich. Ich
möchte nochmals den herzlichsten Appell an die Klugheit und
Einsicht der Vertreter der einzelnen Länder richten, und bei
Ausführung unserer schweren Aufgabe nicht im Stiche zu lassen.
Durch die Annahme des Ultimatums haben wir eine große Ent-
spannung in der internationalen Frage herbeigeführt. Es muß
sich für uns jetzt darum handeln, die Folgen, die wir durch das
Zawort auf uns genommen haben, zu tragen und unsere ganze

Wirtschaft von diesem Gesichtspunkte aus einzustellen. Ich habe
bei der entscheidenden Reichstagsabstimmung den Eindruck gewonnen,
daß jedes einzelne Parlamentsmitglied und dadurch das ganze
Volk bereit ist, auf friedlichem Wege, soweit es in Menschen-
kräften steht, unserem Zawort zu entsprechen.

Minister Dr. Gradnauer richtet an den Reichspräsident
folgende Worte: Der Reichspräsident hat mich mit der Leitung
des Reichsministeriums des Innern betraut, und ich bin dadurch
in die Lage versetzt worden, innige Fühlung mit dem Reichsrat
zu haben. In meiner bisherigen Tätigkeit im Reichsrat habe ich
oft Gelegenheit gehabt, Einblick in die Tätigkeit des Reichs-
ministers zu gewinnen, und ich kann ohne große Übertreibung
behaupten, daß ihre Tätigkeit nicht nur von außerordentlicher
Höhe, sondern auch von größter Sachkunde getragen waren. Ich
habe die Überzeugung gewonnen, daß der Einheitsstaat, wie er
durch die Verfassung in Weimar geschaffen worden ist, nur dann
für das deutsche Volk von Nutzen sein kann, wenn die größt-
mögliche Rücksicht auf die Bedürfnisse und Verhältnisse der ein-
zelnen Staaten genommen wird. Ich wäre dem Reichspräsidenten
des Reichsrates dankbar, würden sie mich in dieser Aufgabe weit-
gehend unterstützen.

Der preussische Ministerialdirektor Robert Danke im Na-
men des Reichsrates dem Reichspräsidenten und Minister Dr. Grad-
nauer und gab die Versicherung ab, daß der Reichsrat immer
bereit sein werde, eine Hilfe der Reichsregierung bei der
Lösung schwieriger Aufgaben zu sein.

Ein Treuebekenntnis der rheinischen
Zentrumsparlei

Bonn, 12. Mai. Zu der politischen von den Delegierten sehr
zahlreich besuchten Sitzung des Provinzialausschusses der
Rheinischen Zentrumsparlei wurde einstimmig und unter lebhaftem
Beifall folgende Entschließung angenommen:

„Der Reichstag hat sich unter einmütiger Mitwirkung der
Zentrumsfraktion nach ernstlichen Beratungen unter dem Vorzuge
des Reichspräsidenten und nach gewissenhafter Prüfung für die Annahme
des Ultimatums entschieden.“

Trotz aller Not und Bedrängnis lassen wir uns nicht beirren
in der Überzeugung, daß die Gerechtigkeit der Verhältnisse den
Untergang des deutschen Volkes nicht zugeben wird. Wir wahreren
Liebe dem jenseitigen Schicksal wie uns an unser deutsches Vater-
land an. Aus der tauberstübigen Welt des deutschen Reiches
werden wir die Kraft zur Ueberzeugung schöpfen, daß die Weisheit
des deutschen Namens erhalten bleibt und wieder aufsteigen wird
aus dem Glanz unserer heutigen Tage. Nichts wird hart genug
sein, um uns zu wehren zu machen in der Treue zu unserer
Vaterlande. Auch jetzt rufen wir: „Der Rhein, Deutschlands
Strom, nicht Deutschlands Grenze!“

Vom Rheine aber, dem deutschen Strom im Westen, wandelt
sich unser Blick zum deutschen Strom im Osten, zur Oder hin.
Gehört und gehört im Ertragen von Leiden für unser ge-
meinsames Vaterland, rufen wir unseren schwergeprüften
Stammesbrüdern in Oberschlesien zu: „Dareit
aus mit uns im Kampfe um deutsches Gut und deutsche Kultur!“
Wir bitten alle unsere Parteigenossen, unausgesetzt und
ohne Rücksicht in diesem Sinne tätig zu sein, die Streifen zu
unterstützen und die Abwehrmaßnahmen aufzuführen. Eine Dar-
aufgabe der Zentrumsparlei, für wie und wie vor die Treue
halten, muß sein, die Einigkeit und Einheit des
deutschen Vaterlandes zu bewahren, in dem unermüdeten Ver-
trauen, daß in dem Streben und Tragen für unsere heillosen
Glück Welt mit uns sein wird.“

Der Dank der deutschen Zentrumsfraktion
an Fehrenbach

Dem Reichspräsidenten Fehrenbach hat anlässlich einer Sitzung
der Zentrumsfraktion des Reichstages, deren Vorsitzender der Abg.
Geheurnt Reinborn, in warmen herzlichen Worten der Dank
der Zentrumsfraktion und der Zentrumsparlei ausgesprochen für
das große Opfer, welches Fehrenbach dem Vaterland und im
Besonderen der Partei durch die Annahme der Reichsregierung
über sich genommen hat. Die Zentrumsfraktion habe das
Bedürfnis, diesen Dank jetzt dem Reichspräsidenten mit besonderer
Herzlichkeit zu betonen und mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß
die Reichsregierung Fehrenbachs eine große Freude für das
Vaterland gewesen sei, denn die inneren Verhältnisse im Reich
hätten sich wesentlich gebessert und zur Beseitigung der innerpolitischen
Verhältnisse habe die Reichsregierung Fehrenbachs erheblich beigetra-
gen. Dafür werde ihm die Zentrumsfraktion unerschütterlich
Dank wissen. Der lebhafteste Beifall, welchen die Fraktion ihrem
Vorsitzenden spendete, war ein Beweis dafür, daß die anerkennenden
Worte des Dankes aus dem Herzen aller gesprochen waren. Der
Abg. Fehrenbach dankte kurz für die ihm während seiner
Kanzlerschaft bewiesene Treue und Unterstützung. Er werde die
Fraktion auch weiterhin seine Mitarbeit widmen. Wenn er nicht
alle die hochgeschätzten Erwartungen, die man auf ihn gesetzt habe,
erfüllt habe, so sei das nicht seine Schuld.

Vollbesetzung des Reichskabinetts erst nach
Pfingsten zu erwarten

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.“)
Berlin, 13. Mai. Wie es heißt, dürfte die endgültige Be-
setzung der drei noch unbesetzten Reichsministerien des Auswärtigen,
der Finanzen und des Wiederaufbaues erst nach den Pfingstferien-
tagen stattfinden. Gestern ist der Reichstag bekanntlich in die Ferien
gegangen, die bis zum 31. Mai dauern sollen, sofern nicht die
politische Lage den Reichspräsidenten zu einer früheren Einberufung
veranlassen sollten. Unmittelbar nach den Ferien-
tagen werden jedoch die Verhandlungen und die Vollbesetzung
des Reichskabinetts zu einem Ergebnis führen müssen. Bis
dahin wird auch die Sozialdemokratische Partei zusammen mit den
Gewerkschaften eine Entschließung getroffen haben über die Kan-
didatur für das von ihr zu besetzende Wiederaufbauministerium. Für
das Auswärtige und das Reichsfinanzministerium wird der Reichs-
kanzler Dr. Wirth vorzuschlagen, nicht Par-
lamentarier heranzuziehen, ohne daß man bis heute sagen kann,
wer für diese beiden Posten in Frage kommt.

